

Ratsinfo Nr. 11

Sitzung des Stadtrates am 30. Mai 2011

Die Tagesordnung zur Ratssitzung am 30. Mai 2011 bestand aus leicht überschaubaren 67 Tagesordnungspunkten, wobei es sich bei 13 Punkten lediglich um sogenannte Mitteilungsvorlagen handelte, also Themen, bei denen ein Sachverhalt zwar bekanntgegeben und erläutert, aber nichts entschieden bzw. abgestimmt wird. Außerdem wurde noch vor Sitzungsbeginn von SPD und CDU beantragt, 5 geplante Vorlagen am heutigen Tage doch nicht zu behandeln. Bei den, an diesem Tag im Ratssaal herrschenden Temperaturen (der historische Ratssaal verfügt über keine Klimaanlage), freuten sich die 74 Ratsmitglieder und die anwesenden 35-45 Verwaltungsbeamte auf eine unspektakuläre und verhältnismäßig kurze Sitzung.

Die FDP hatte eine kritische Anfrage zum Thema Gebag bzw. zu den Folgen des Erweiterungsbaus des Museums Küppersmühle gestellt, die auf Punkt 62 der Tagesordnung stand. Die CDU beantragte gleich zu Beginn der Sitzung, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen, damit der Vorstand der Gebag, der die Anfrage beantworten sollte, 'nicht zu lange im Ratssaal ausharren' müsse. Die Mehrheit des Stadtrates kam diesem Wunsch jedoch nicht nach.

Zunächst beschäftigte sich der Rat mit üblichen **Routineaufgaben**, wie der Wahl eines neuen Schriftführers, der „Absegnung“ aller Beschlüsse der stattgefundenen Ausschusssitzungen, einer Umbesetzung des Seniorenbeirates, der Genehmigung einer (Bürgermeister-)Dienstreise nach Paris, sowie der Genehmigung von Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen städtischer Gesellschaften, die meist mit der Entlastung der entsprechenden Aufsichtsräte einher gehen. Die FDP-Ratsfraktion beteiligt sich (inzwischen schon traditionell) an diesen Abstimmungen nur bei den Gesellschaften, bei denen sie auch im Aufsichtsrat vertreten ist und somit auch die entsprechenden Informationen hat. Ansonsten enthält sie sich der Stimme. Solche Tagesordnungspunkte werden nicht weiter kommentiert, hier stimmt der Rat im „Minutentakt“ ab.

Kommentiert wurden die Verwaltungsvorlagen zur „**Weiterentwicklung des Integrationspolitischen Prozesses**“ und die „**Umsetzung interkultureller Standards**“, die in mehreren Ausschuss- und Bezirksvertretungssitzungen als inhaltsleer, bedeutungs- und folgenlos bewertet wurden. Hier im Stadtrat wurden beide Vorlagen, die vom Amt für Integration erstellt wurden, von vielen Ratsmitgliedern hoch gelobt und als einmalig und zukunftsweisend bezeichnet. Im wesentlichen beschäftigten sich die Beschlussvorlagen mit Integrationsmodellen und mit der Einsetzung von Integrationsbeauftragten in allen Duisburger Amtsstuben. Letztendlich beschloss der Rat beide Vorlagen einstimmig.

Bereits in der letzten Ratssitzung wurde auf Antrag der FDP die **Entgeltordnung der „Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistentinnen“ (PTA)** so angepasst, dass die Schule erhalten bleiben kann und die Stadt gleichzeitig von möglichen Zuschüssen befreit ist. Dieser Beschluss musste jetzt noch einmal wiederholt bzw. konkretisiert werden, da sich im FDP-Antrag kein Hinweis darauf befand, ab wann die neue Entgeltordnung gelten soll. Erwartungsgemäß fand sich in dieser Ratssitzung weder in der Berichterstattung, noch in der Verwaltungsvorlage ein Hinweis darauf, dass diese, allseits befürwortete und einstimmig beschlossene Idee, ihren Ursprung in der letzten Sitzung in einem Antrag der FDP hatte... jetzt war es die Stadtverwaltung, die diese Vorlage erstellt hatte.

Zum Wiederholten male musste der Rat der Stadt **kirchlichen Trägern von Kindertagesstätten hohe Sonderzuschüsse** zu ihren Betriebskosten gewähren. Dem Rat bleibt in diesen Fällen keine Wahl, denn die Träger erklären, ansonsten ihre Einrichtungen schließen zu müssen. Daraus würde jedoch resultieren, dass die Stadt an den betreffenden Stellen keine ausreichende Versorgung von Kindergartenplätzen aufweisen würde und müsste dort selbst Kindergärten bauen und betreiben, was deutlich teurer würde. Die Finanzaufsicht genehmigt solche Zuschüsse, da es sich um ein Landesgesetz handelt, was die Stadt dazu verpflichtet, eine ausreichende Zahl von

Kindergartenplätzen vorzuhalten. Und tatsächlich hat die Stadt Duisburg diese gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Kindergartenplätzen noch gar nicht an allen Orten erreicht, so das man froh ist, die kirchlichen Einrichtungen zu haben.

Einstimmig wurde auch eine Vorlage beschlossen, wonach die Stadtverwaltung und die Wohlfahrtsverbände sich auf Einsparungen bei den bestehenden **Seniorentreffs und Senioren-Begegnungsstätten** geeinigt hatten. Die Bezirksregierung hatte hier auf weitere Einsparungen gedrängt und dieser Aufforderung wollen die Wohlfahrtsverbände auch in den folgenden Jahren deutlich nachkommen, ohne die Beratungsangebote zu verschlechtern, jedoch durch die Reduzierung von Beratungsstellen. Dafür soll die Finanzaufsicht jedoch einer Gesamtfinanzplanung von 5 Jahren zustimmen, damit die Verbände (und angestellten Mitarbeiter) etwas mehr Planungssicherheit erhalten. Insgesamt sollen in diesem Bereich über 1,2 Mio. Euro eingespart werden.

Der Stadtrat hat der Stadt Duisburg einstimmig ein besonderes Vorkaufsrecht auf Grundstücke und Gebäude eingeräumt, die im **Sanierungsgebiet „Grüngürtel Nord“** liegen. Hier will die Stadt sich die Flächen sichern, um eine unerwünschte Entwicklung und Spekulationsverkäufe zu verhindern. In diesem Gebiet soll ein großer Grünstreifen zwischen Thyssen-Krupp-Steal und der Wohnbebauung entstehen, dazu muss eine große Anzahl Häuser abgerissen werden.

Es folgte eine ganze Reihe von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen, sowie Veränderungssperren, die für bestimmte Gebiete im Stadtgebiet beschlossen, aufgestellt und/oder geändert wurden. In dieser Ratssitzung in Walsum, Wehofen, Marxloh, Obermarxloh, Meiderich, Hochheide, Ruhrort, im Stadtbezirk Mitte (in der Nähe des Wedaustadions, zum Bau einer neuen Jugendherberge (in privater Trägerschaft), in Wanheimerort, viermal in Hochemmerich, in Rheinhausen-Hohenbudberg zum Bau einer neuen Straße zwischen dem vorhandenen Logportgelände und einem neuen Logportgebiet, in Wanheim und in Walsum-Aldenrade. Das Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren zum Thema **„Autohof Kaiserberg“** wurde schon vor Sitzungsbeginn von der Tagesordnung abgesetzt.

Zur Gestaltung der Fläche am alten Güterbahnhofsgelände (Neue Freiheit) hatten die Hinterbliebenen der Opfer des Loveparade-Unglücks öffentlich gefordert, dass die Unglücksstelle erhalten bleiben solle und nicht durch den Bau eines Möbelhauses und/oder eines Parkplatzes verändert werden soll. Dazu wurde dem Rat eine **Petition der Hinterbliebenen** zur Kenntnis gegeben. In dieser Ratssitzung wurde jedoch nur die Veränderung des Flächennutzungsplanes beschlossen, weil dieser dort nach wie vor Schienen- und Bahnstrecken ausweist und der Bau eines Möbelhauses unzulässig wäre. Alle Fraktionen betonten, dass mit dem Investor des geplanten Möbelhauses (Krieger) gesprochen werden soll und alles dafür getan werden soll, damit die Forderung der Hinterbliebenen erfüllt würde und die Unglücksstelle, trotz des Möbelhauses und Parkplätze so erhalten bleiben soll, wie sie ist.

Mit den Stimmen von SPD, FDP, Grünen und Linken beschloss der Rat mehrheitlich, dass die Stadtverwaltung **„anwaltliche Dienstleistungen“ künftig nur noch bis zu einer Summe von maximal 50.000 Euro** beauftragen darf. Darüber hinaus muss der Rat beschließen. Dieser Antrag war eine Konsequenz daraus, dass die Verwaltung nach der Loveparade eigenmächtig eine Anwaltskanzlei beauftragt hatte, das Thema „Loveparade-Unglück und Verantwortung der Stadt“ zu beleuchten. Diese Dienstleistung kostete die Stadt über 350.000,- Euro, ohne das der Rat der Stadt dies beschlossen hatte. Die Verwaltung hatte die Beauftragung von Rechtsanwaltskanzleien bisher als „Geschäft der laufenden Verwaltung“ gehandhabt, ohne die Politik darüber zu informieren. Die FDP-Ratsfraktion hatte vorher noch diskutiert, ob die gesetzte Höchstgrenze nicht immer noch zu hoch sei, ist jedoch zu dem Schluss gekommen, dass die Grenze von 50.000,- Euro einen angemessenen Kompromiss darstellt, ohne die Verwaltung in ihrer alltäglichen Arbeit zu beeinträchtigen. Die Ratsmitglieder der CDU (und der DWG) wehrten sich lautstark und kräftig gegen diesen Antrag, so wie sich die CDU immer auf die Seite der Verwaltung stellt, seitdem Adolf Sauerland Oberbürgermeister der Stadt und somit auch oberster Dienstherr der Stadtverwaltung ist. Vor dieser Zeit hatte die CDU ein äußerst kritisches Verhältnis zur gesamten Stadtverwaltung.

Unerwartet lange Diskussionen gab es zu Tagesordnungspunkt 48 „Beanstandung eines Ratsbeschlusses vom 28.03.2011“. Eine Mehrheit des Rates hatte in der letzten Sitzung beschlossen,

dass alle **Finanzbeschlüsse des Stadtrates** von Oberbürgermeister und Kämmerer so umzusetzen seien, wie vom Rat beschlossen – ohne Einschränkungen oder Kürzungen. Alle Gelder sollen also immer in voller Höhe ausgezahlt werden. Der Kämmerer, Dr. Langner und der Oberbürgermeister fühlen sich jedoch den Sparvorgaben der Finanzaufsicht verpflichtet, wonach für viele Angelegenheiten nur 50 Prozent der beschlossenen Summe ausgezahlt werden dürfen. Pflichtgemäß „beanstandete“ der Oberbürgermeister den entsprechenden Beschluss des Stadtrates mit dem Hinweis auf §82 der Gemeindeordnung NRW und teilte dem Rat dies in dieser Sitzung mit, worauf SPD, Grüne und Linke wiederum mit einem Antrag reagierten und ihren Beschluss aus der letzten Sitzung bekräftigten – also erneut fassten. Dr. Langner forderte den Stadtrat auf, stattdessen lieber zu beschließen, gegen die Vorgaben der Finanzaufsicht rechtlich vorzugehen, als ihn immer wieder erneut zum Verstoß gegen geltendes Recht und gegen die Verfügung der Bezirksregierung aufzufordern. FDP-Ratsherr Frank Albrecht fragte nach den rechtlichen Konsequenzen dieses erneuten Beschlusses. Dr. Langner erklärte nur, dass die Finanzaufsicht nun entscheiden müsse, wie sie damit umgehe. Wegen dieser undurchsichtigen Situation und der unbefriedigenden Antwort enthielt sich die FDP ihrer Stimme. CDU und DWG stimmten dagegen. SPD, Grüne und Linke beschlossen ihren Antrag mehrheitlich.

Weiterhin wurden dem Stadtrat folgende Themen per Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben: Eine **Controllingbericht** zur Umsetzung des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) zum 31.03.2011; Ein **Gutachten** „Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie“ der Professoren Junkernheinrich und Lenk – im Auftrag der vorherigen Landesregierung NRW; Die gemeinsame **Bewerbung der 'Metropole Ruhr'** als „Grüne Hauptstadt Europas“; Eine Mitteilung darüber, dass die Stadt Duisburg im Jahr 2010 fast 30 Mio. Euro zuviel vom Land aus den Mitteln zur Umsetzung des **SGB-Gesetzes** bekommen hat und dies nun zurückgezahlt werden muss, die Stadt (und weitere 20 Städte) jedoch dagegen Verfassungsbeschwerde einlegen möchte; Ein Zwischenbericht des Projektes „**Duisburg 2027**“ zum Themenfeld „Wohnen und Arbeiten“; Ein (positives) Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der **Sanierungssatzung Duisburg-Nord** (Grüngürtel); Ein (positiver) **Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW** über die Jahresabschlüsse des Immobilienmanagement Duisburg (IMD); Die Ratsmitglieder nahmen diese Themen zur Kenntnis, kommentierten sie aber nicht, so dass auch diese 7 Tagesordnungspunkte relativ schnell abgearbeitet waren.

Emotionaler wurde es wieder bei dem nächsten gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und Linken: „**Zuzug von bulgarischen und rumänischen EU-Bürgerinnen und Bürgern**“. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, ein gesamtstädtisches Handlungskonzept zu erstellen um den immer stärker werden Strom von Einreisenden zu steuern und diesen Menschen existenzielle Hilfen anzubieten. Die FDP-Ratsfraktion hatte bereits im Vorfeld dieser Sitzung kontrovers diskutiert, ob man diesen Menschen mit diesem Antrag nicht ein besonderes Angebot zum „dauerhaften Verbleib“ in Duisburg machen würde und ob dies letztendlich im Sinne unserer Stadt wäre. Ungewöhnlich bei diesem Thema ist, dass es sich um aufenthaltsberechtigte EU-Bürger handelt und nicht um Flüchtlinge oder Asylanten. Auch im Rat gab es Diskussionen und lang anhaltende Wortmeldungen zu diesem Thema, die aber keinen neuen Erkenntnisgewinn brachten, somit enthielten sich die Ratsmitglieder der FDP ihrer Stimme zu diesem Tagesordnungspunkt. Alle anderen Fraktionen stimmten der Erstellung eines Handlungskonzeptes zu.

Der nächste gemeinsame Antrag von SPD, Grünen und Linken beschäftigte sich mit dem „**Verzicht auf Atomstrom und Förderung des Umstiegs auf umweltverträgliche Energieerzeugung bzw. –nutzung**“. Ein Thema, dass von Grünen und Linken schon immer gerne im Rat der Stadt behandelt wurde, aber im Grunde in einem Stadtrat nichts zu suchen hat. Daher verkündete die CDU sofort, dass sie an der Abstimmung zu diesem Antrag nicht teilnehmen möchte. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies, hatte noch am Tag der Ratssitzung einen Ergänzungsantrag dazu formuliert und darin ausgeführt, dass man die angestrebten Ziele teile, diese aber nur mit modernen Kohlekraftwerken erreicht werden können, „wie auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag NRW, Norbert Römer, in einem Interview betont hatte“. Im Bewusstsein, dass es in der SPD – im Gegensatz zu den Grünen - starke Befürworter der Kohle gibt, entstand über diesen FDP-Ergänzungsantrag eine aufgeregte Diskussion. Grüne und Linke wehrten sich nach Kräften, betonten, dass man sich nicht auseinander dividieren lassen will, führten zum wiederholten male aus, was man alles beim Kauf der Steag-Anteile

bereits besprochen und beschlossen hatte. Es entstand ein interessanter Schlagabtausch zwischen Prof. Dieter Kantel (Grüne), Hermann Dierkes (Linke) und Wilhelm Bies (FDP). Natürlich stimmten Linke, Grüne und SPD letztendlich mehrheitlich gegen die FDP-Ergänzung und beschlossen ihren eigenen Antrag, es war aber amüsant mit anzusehen, wie empfindlich das Bündnis bei bestimmten Fragen ist. Übrigens enthielt sich SPD-Ratsherr Lieske (hauptberuflich Gewerkschafter) seiner Stimme bei dieser Abstimmung.

Die Forderung von SPD, Grünen und Linken zu einer „**schnellen Entschädigung der Loveparade-Opfer**“ war von der Verwaltung bereits vor Sitzungsbeginn umgesetzt worden. Die Stadt hatte sich mit der AXA-Versicherung – als Vertreter des Veranstalters Lopavent bzw. Rainer Schaller, auf unbürokratische Hilfen (ohne Schuldeingeständnis) geeinigt und dies dem Stadtrat kundgetan. Dennoch beschloss das Gremium einstimmig den Antrag.

Die DWG-Fraktion (DuisburgerWählerGemeinschaft) hatte zum wiederholten Male einen Antrag zur **Gründung einer Finanzkommission** eingebracht, die in kleiner Runde und ohne Öffentlichkeit alle Einsparmöglichkeiten der Stadt verhandeln soll, offenbar, damit die Schelte für die bürgerbelastenden finanziellen Einsparungen letztendlich alle Fraktionen trifft. Da die FDP seit Jahren konkrete Einsparvorschläge erarbeitet hat, die solche bürgerbelastende Einsparungen überflüssig machen würde, war schnell klar, dass die FDP sich an einer solchen Finanzrunde nicht beteiligen möchte – und letztendlich auch nicht dafür den öffentlichen Tadel erhalten möchte. Nur die CDU stimmte der Einrichtung einer Finanzkommission zu, FDP, SPD, Grüne und Linke lehnten dies mehrheitlich ab.

Interessant wurde es bei der nachfolgenden **Anfrage der FDP zur Gebag** bzw. zu den finanziellen Folgen des Erweiterungsbaus des Museums Küppersmühle. Hier die 8 Fragen der FDP und die Antworten des Gebag- Vorstandsvorsitzenden Dietmar Cremer:

1. Ist die GEBAG (noch) solvent? – *Cremer: „Ja“.*
2. Werden die Mieten aufgrund des oben beschriebenen Vorgangs erhöht? – *Cremer: „Nein“.*
3. Wenn nein, wann ist mit einer Erhöhung der Mieten zu rechnen? – *Cremer: „Es gibt keinen Zusammenhang, es gibt keine Mieterhöhungen ohne gesetzliche Grundlagen“.*
4. Wie gestaltet sich die Haftung der Gebag? Ist ein Rückgriff auf den Vorstand / Aufsichtsrat und/oder Rat der Stadt möglich? – *Cremer: „Jede Haftung orientiert sich immer an gesetzlichen Grundlagen, demnach kämen Aufsichtsrat und Vorstand in Frage“.*
5. Wird das Land, von dem laut Pressebericht, „man bürokratische Auflagen scheute“, dennoch um Hilfe gebeten? Wenn ja, in welcher Höhe? Wenn nein, warum nicht? – *Cremer: „Die Absicht gibt es nicht“.*
6. Wie hoch ist die Rückzahlungsverpflichtung im Falle einer Auflösung der Vereinbarung durch die Sponsoren und wie würde die Rückzahlung geleistet? – *Cremer: „Es gibt bislang keine Zahlen“.*
7. Wieso wurde die Duisburger Schweiß- und Lehranstalt nicht von Beginn an in die Kontrolle des Bauprojektes einbezogen? – *Cremer: „Aufgabe jedes Unternehmens ist es, seine Leistung zu erbringen, auch ohne Kontrollen“.*
8. Wer hatte bei der Gebag die operative und kaufmännische Verantwortung für die Durchführung des Projektes und wann sind durch diese Person, welche Controllingberichte, wem vorgelegt worden? – *Cremer: „Der gesamte Vorstand hat ständig dem Aufsichtsrat berichtet“.*

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Wilhelm Bies, kommentierte die Antworten nur mit den Worten: „So kennt man die GEBAG“.

Einstimmig beschloss der Rat anschließend einen Antrag von SPD, Grünen und Linken, wonach das **Rechnungsprüfungsamt beauftragt** wird, den Sachverhalt zum „Ausbau Küppersmühle“ zu untersuchen und dem Rat zu berichten. Was unter Umständen kompliziert werden könnte, da es sich bei der Gebag um eine Aktiengesellschaft handelt. Auskünfte erhält demnach ausschließlich der bzw. die Gesellschafter und auch nur in den entsprechenden Gremien, der Aufsichtsrat gehört dazu, der Rat der Stadt Duisburg gehört nach Auskunft der Verwaltung jedoch nicht dazu.

Die nächste Sitzung des Stadtrates ist am 11. Juli 2011 geplant.